



Parlament  
Österreich

Parlamentsdirektion

# Wissenschaft im Parlament

## „Forschungsjahr im Parlament“ (2023/24) – Abschlussbericht

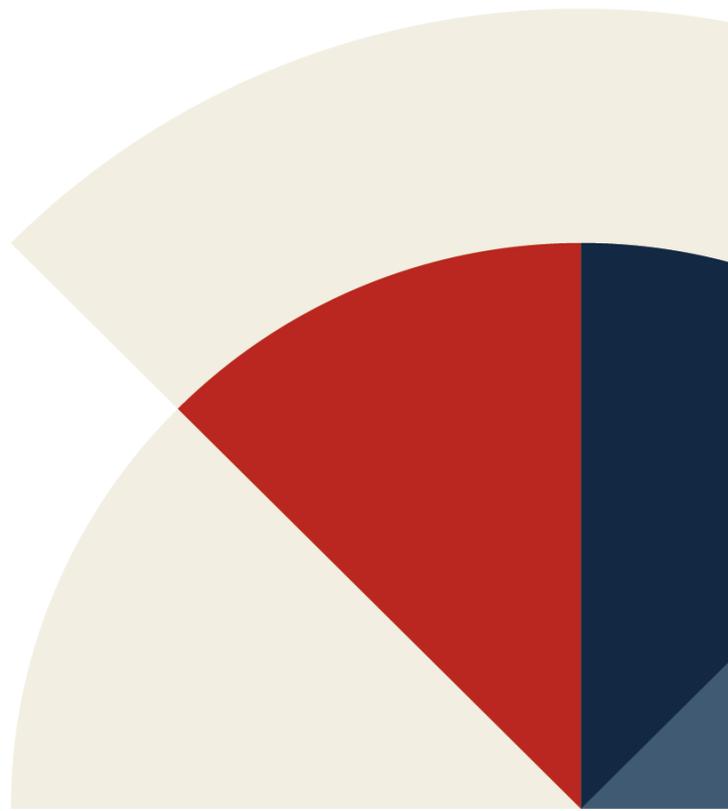
Autorin: Bianca Winkler

20. September 2024

[parlamentsforschung@parlament.gv.at](mailto:parlamentsforschung@parlament.gv.at)

+43 1 401 10-2668

3 – Rechts-, Legislativ- &  
Wissenschaftlicher Dienst (RLW)





## 1. Allgemeine Informationen

Projektlaufzeit:	1. September 2023 – 31. August 2024
Zusammenfassung (Max. 1000 Zeichen):	<p>Im ersten Forschungsjahr im Parlament wurde der Frage nachgegangen, wie Wissenschaft in Plenardebatten und allgemein im parlamentarischen Diskurs argumentativ repräsentiert wird. Um diese Fragestellung beantworten zu können, wurden die stenographischen Protokolle von National- und Bundesrat nach relevanten Stellen durchsucht. Es wurde der Frage nachgegangen, ob es Themen gibt, bei denen Abgeordnete besonders häufig auf Wissenschaft referieren welche Ideen, Vorstellungen, Erwartungen oder Idealtypen sich aus dem Material erschließen lassen. Die Ergebnisse zeigen, dass Sprache ein lebendiges Konstrukt ist, das auch im parlamentarischen Diskurs einem stetigen Wandel unterworfen und oftmals keineswegs so eindeutig ist, wie es Medien suggerieren. Die Vielfalt parlamentarischer Positionen zeigt sich besonders am Wissenschaftsbegriff und der Frage, welchen Nutzen Gesellschaft und Politik aus „der“ Wissenschaft ziehen können.</p>



Genutzte Wissensressourcen der Parlamentsdirektion	Stenographische Protokolle, Anfragen und Anfragebeantwortungen, Parlamentskorrespondenz, Stellungnahmen, Mitarbeiter:innen der Parlamentsdirektion, Bestände aus der Parlamentsbibliothek
Stichworte (Max. 5):	Wissenschaft, Diskurs, Plenardebatten, Evidenz, Wissenschaftsskepsis

## 2. Projektverlauf

Das Projekt begann mit September 2023, es wurden jedoch schon vorab verschiedene Einarbeitungsschritte im Umgang mit der Datenbank des Parlaments umgesetzt. Hierbei wurden verschiedene Suchbegriffe in die Datenbank eingegeben und erste Reden in Plenardebatten gesichtet. Da die Auftragnehmerin sich im Rahmen des Projektes erstmalig genauer mit den Strukturen des österreichischen Parlaments beschäftigt hat, war es notwendig, sich bereits vor Projektbeginn mit Materialien und Strukturen auseinanderzusetzen, die ein Verständnis für die Materie ermöglichen. Ein Ziel des eingereichten Forschungsvorhabens war, zu evaluieren, wie sich eine geistes- und kulturwissenschaftliche Fragestellung mittels der Parlamentsmaterialien, allen voran der stenographischen Protokolle, bearbeiten lässt und hierbei sollten verschiedene Methoden getestet werden. Als Thema für diese Untersuchung wurde die rhetorische Bedeutung von Wissenschaft gewählt, also wie wird über Wissenschaft gesprochen und welche Paradigmen lassen sich daraus ableiten. Dabei zeigte sich sehr bald, dass das Wort Wissenschaft mit vielen Bedeutungen versehen wird und dass der jeweilige Verwendungskontext zentral ist, um zu verstehen, wie das Wort gebraucht wird. Eine genauere Definition dessen, was Politiker:innen konkret meinen, wenn sie von Wissenschaft sprechen, lässt sich daher aus dem reinen Wortgebrauch nicht ableiten. Entgegen dem Forschungsantrag zeigt sich, dass eine quantitative Herangehensweise – beispielweise das Zählen von Wörtern - zu keinem



sinnvollen Ergebnis führt, weil das Wort Wissenschaft in vielen verschiedenen Kontexten gebraucht wird, die prinzipiell keine Rückschlüsse auf den Inhalt zulassen. Auch für eine künstliche Intelligenz beziehungsweise einen Algorithmus ist es daher nicht möglich, ein so häufig gebrauchtes Wort an einen inhaltlich-theoretischen Bedeutungszusammenhang zu koppeln. Es zeigte sich, dass sich die Beantwortung der Fragestellung „Was bedeutet Wissenschaft?“ nicht mit einer Analyse des Wortes Wissenschaft erreichen lässt. Hier mussten also Änderungen in der Arbeitsweise gegenüber dem Projektantrag vorgenommen werden. Im ursprünglichen Forschungsvorhaben waren Gespräche und Kooperationen mit Mitarbeitenden der Parlamentsdirektion nicht geplant oder berücksichtigt worden. Die Auftragnehmerin hat jedoch, speziell aufgrund der während des Projektverlaufes auftretenden Schwierigkeiten, den Vorschlag der Auftraggeberin angenommen, mit den Beschäftigten der Parlamentsdirektion ins Gespräch zu kommen. Dies hat sowohl die Einarbeitungsphase erleichtert als auch den Fokus auf das Forschungsprojekt bereichert. Hier standen einige Abteilungen und Personen mit Rat, Hilfe und Expertise zur Verfügung, bei denen ich mich auch an dieser Stelle bedanken möchte. Unter dem Vorbehalt der Unvollständigkeit und mit einer Entschuldigung, falls jemand in der Auflistung fehlen sollte, möchte ich mich bei den folgenden Personen besonders bedanken:

- Christoph Clar, Christoph Konrath, Anna Rathmair und Julia Heiss (Abteilung Parlamentswissenschaftliche Grundsatzarbeit des Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftlichen Dienstes)
- Bettina Brixa und Gerlinde Steininger (Abteilung Stenographische Protokolle)
- Peter Fuhs, Franz Gutsch und Ada Sporer (Abteilung Präsidialangelegenheiten des Nationalratsdienstes)
- Harald Niederhuber und Matthias Weber (Abteilung Operative IKT)
- und besonders auch den Parlamentsabgeordneten Martina Künsberg Sarre, Eva Blimlinger, Martin Graf und Rudolf Taschner, die so freundlichen waren, sich für ein Interview zur Verfügung zu stellen.

Der ursprünglich nicht eingeplante interaktive Charakter der Forschung hat diese bereichert und ergänzt. Die Gespräche fanden während des ganzen Forschungsjahres statt,



die ersten davon nach der Einarbeitungsphase Ende September 2023.

Als erstes kam es zu informativen Gesprächen mit Stenographinnen der Parlamentsdirektion innerhalb derer die Auftragnehmerin Einblicke in die Arbeitsweise der Stenograph:innen und damit die Hintergründe für Entstehung und Gestaltung der primären Quelle (der stenographischen Protokolle) erhielt. Diese Erkenntnisse veränderten sowohl den Umgang mit der Datenbank, die Stichwortsuche, als auch die Interpretation der Ergebnisse. Im Zusammenhang mit diesen Gesprächen wurden z. B. auch die Zwischenrufe als bedeutende Quelle für die Interpretation von Diskursen in Plenardebatten erkannt. (vgl. Zima 2013) Darüber hinaus wiesen die Stenographinnen auf „Taferl“ bzw. andere Formen graphischen Ausdrucks hin, mithilfe derer die Abgeordneten ihre Meinung kundtun würden.

Als zweites gab es die Möglichkeit, mit den Expert:innen der operativen IKT, der Parlamentsdirektion bzw. des Nationalratsdienstes ins Gespräch zu kommen. Die Frage, ob und wie sich Wortsuchen gruppieren lassen, die im Projektantrag eine zentrale Frage einnahm, stellte uns alle vor technische wie inhaltliche Herausforderungen. Hierbei gab es auch Anregungen durch die Auftragnehmerin, wie die Suche in der Datenbank übersichtlicher gestaltet werden könnte, die von Seiten der operativen IKT sofort bearbeitet wurden. Im Projektantrag war die Rede davon gewesen, das Material mithilfe „künstlicher Intelligenz“ zu filtern, um jene Stellen in den Protokollen aufzuspüren, innerhalb derer die relevantesten Diskussionen zum Thema Wissenschaft zu finden seien. Auf Basis einer quantitativen Übersicht, sollte eine qualitative Detailanalyse folgen. Hier ergaben sich dann jedoch Abweichungen vom ursprünglichen Projektantrag, weil eine quantitative Auswertung und auch die Koppelung von Wörtern nicht zuverlässig zu dem erhofften inhaltlichen Ergebnis führt.

In der Bearbeitungsphase des Datenmaterials mussten die stenographischen Protokolle anschließend für die Detailanalyse randomisiert ausgewählt werden. Es kam darauf an, die Suchmaschine von vornherein mit „effizienten“ Suchbegriffen zu füttern. Die Recherchemethode musste sich daher an anderen Begriffen als „Wissenschaft“ orientieren, um zu überschaubaren Ergebnissen zu kommen. Schlussendlich wurde die Verwendung des Wortes Wissenschaft mit „Evidenz“, „Studie“ und „Wissenschaftsskepsis“ gekoppelt, um



eher zu Plenardebatten beziehungsweise Diskussionen zu kommen, die eine diskursive Rekonstruktion des Wissenschaftsverständnisses zulassen.

Mithilfe dieser Recherchemethoden wurden anschließend, wie im Forschungsantrag vorgesehen, exemplarische Beispiele für die qualitative Interpretation ausgewählt. Unerwartet für die Auftragnehmerin war die Auseinandersetzung mit einigen zentralen Diskurstheorien der internationalen Politikwissenschaften, wie epistemic governance (Alasuutari und Quadir 2019, Quadir und Syväterä 2021) oder authority of science (Pouliot 2019, Haas 2023), auf die im Zuge der Dateninterpretation des Projektes zunehmend ein Fokus rückte, um sich bei der Interpretation des Datenmaterials am internationalen Stand der Forschung zu orientieren. So bewegte sich das Projekt von einer rein historischen Diskurstheorie zu der Frage hin, welche epistemischen, oder auch autoritativen Komponenten das Sprechen über Wissenschaft im parlamentarischen Diskurs hat.

Nach einer sehr intensiven Auswertungsphase, innerhalb derer trotzdem nur ein kleiner Teil des verfügbaren Materials zum Thema gesichtet werden konnte, hat die Auftragnehmerin dankend das Angebot zur Interviewvermittlung der Parlamentsdirektion genutzt. Die Möglichkeit, mit Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und diese direkt mit der Fragestellung konfrontieren zu können, war zwar im ursprünglichen Antrag nicht vorgesehen, erwies sich aber aufgrund der Schwierigkeiten mit der repräsentativen Bearbeitung des Datenmaterials als bedeutend, um die aus den Quellen abgeleiteten Interpretationen zu überprüfen. Die Gespräche fanden von März bis Mai 2024 statt.

Im Juni 2024 wurden die Ergebnisse am Tag der Parlamentsforschung präsentiert. Die Auseinandersetzung sowohl mit aktuellen Projekten internationaler Parlamentsforschenden, als auch die Diskussions- beziehungsweise Austauschmöglichkeit mit dem Antragsteller des Folgeprojektes, das für das Forschungsjahr im Parlament 2024/25 ausgewählt wurde, boten die Gelegenheit, Resultate vorzustellen, den Arbeitsprozess zu reflektieren und die Ergebnisse des Projektes noch einmal aus einer anderen Perspektive zu beleuchten.



### 3. Herausforderungen des Projekts

Alle im Projektantrag skizzierten Schritte wurden umgesetzt, allerdings teilweise anders, als von der Antragstellerin erwartet. So zählt die Suchmaschine der Parlamentsdatenbank bei einer globalen Suche alle Worte aus und es war nicht notwendig dafür auf ein anderes Programm zurückzugreifen. Es hat sich aber als technisch nicht machbar erwiesen, diese Daten in eine Visualisierung, Gruppierung oder Wortwolke zu speisen. Die Erwartung der Auftragnehmerin war, sich tatsächlich von den quantitativen Daten sagen zu lassen, wann und wo häufig von Wissenschaft die Rede ist und dann diese Beispiele qualitativ zu untersuchen. Doch diese Erwartung war aus mehreren Gründen naiv und daher ergaben sich einige Abweichungen vom ursprünglichen Projektantrag. Das Wort Wissenschaft beispielweise kommt allein im Zeitraum 2020 – 2022 mehrere tausend Male in den Materialien des Parlaments vor, verweist dabei jedoch nur selten auf einen Inhalt, der sich mit einem Wissenschaftsdiskurs verbinden lässt. Da es sowohl ein Wissenschaftsministerium als auch eine:n Wissenschaftsminister:in gibt, findet sich das Wort Wissenschaft in allen Themen, bei denen eines der beiden Worte vorkommt, selbst wenn es inhaltlich nichts mit Wissenschaft zu tun hat. Ein ähnliches Problem ergab sich mit anderen ad-hoc mit Wissenschaft assoziierten Begriffen, wie Studie, Fakten, Zahlen etc. Wobei gerade diese eben genannten Wörter schon einen spezifischen Wissenschaftsdiskurs vorgeben, denn Zahlen, Daten und Fakten sind an positivistische Wissenschaftsbilder geknüpft und geben daher eine gewisse Interpretation vor. Es war nicht möglich, zu untersuchen, ob sich der ganze Diskurs um Wissenschaft vornehmlich um ein positivistisch-naturwissenschaftliches Wissenschaftsbild dreht, es war aber möglich, in den Fokus zu rücken innerhalb welcher Themenbereiche und wie ein positivistisch-naturwissenschaftliches Wissenschaftsbild in der parlamentarischen Rhetorik vorkommt. Die Art der Suche sowie der Auswertung weicht also ein wenig vom ursprünglichen Antrag ab, da Wissenschaft eben anhand dieser bereits vordefinierten Wissenschaftskonzepte untersucht werden musste und nicht universal erfasst werden konnte, was die ursprüngliche Idee gewesen war. Die Einengung von Wissenschaft auf Begriffe wie Studie und Evidenz schließt im Vorfeld bereits Geistes- und Kulturwissenschaften in der Tendenz aus, doch



gerade im Bereich Sozialwissenschaften lässt es Rückschlüsse auf das allgemeine Wissenschaftsbild zu, wenn diese beispielsweise an der Bedeutung naturwissenschaftlicher Begriffe wie „Evidenz“ gemessen werden. Die Beispiele anhand derer diese Wortkombinationen im Detail interpretiert wurden, wurden dabei prinzipiell randomisiert und nicht nach quantitativer Häufung – wie anfangs geplant - ausgewählt.

Die technischen Hürden, die einer korpus-linguistischen Untersuchung des Materials im Wege standen, waren sowohl aus zeitlichen wie resourcentechnischen Gründen nicht bewältigbar. Es stellte sich jedoch auch zunehmend die Frage nach der Relevanz solcherart Ergebnisse im Kontext der Fragestellung. Der klassische Zugang einer randomisierten Beispielauswahl aufgrund einer theoriegeleiteten, hermeneutischen Betrachtung erwies sich im Umgang mit dem Material und dem angestrebten Ergebnis schlussendlich als deutlich sinnvoller. Die Auftragnehmerin hat dank der Hilfe der operativen IKT Einblicke in Schwierigkeiten mit Suchmaschinen und Datenbanken gewinnen können, die ihr vorher so noch gar nicht bewusst waren. Neben den Problemen der inhaltlichen Erfassung von Wortbedeutungen gibt es auch solche, die rein technischer Natur sind. So verwechseln Suchmaschinen bei eingescannten Materialien manchmal Buchstaben, bestimmte Dokumente werden mal gefunden mal nicht, ohne dass die dahinterliegenden Prozesse völlig klar oder nachvollziehbar wären. Die Bedeutung der Forschenden für Fragedesign und Auswahl der Materialien konnte dahingehend als überlegen gegenüber automatisierten Prozessen gezeigt werden, weil es eben nicht möglich war, mithilfe quantitativer Ergebnisse zu qualitativ relevanten Aussagen zu gelangen. Worthäufigkeiten haben eine Aussagekraft über die Sprache allgemein, jedoch nicht über die diskursive Bedeutung, die hinter bestimmten Wörtern steht – diese methodische Schlussfolgerung ist auch eines der zentralsten Forschungsergebnisse, in Hinblick auf den methodischen Umgang mit stenographischen Protokollen.

## **4. Zentrale Forschungsergebnisse**

Neben den methodischen Erkenntnissen bezüglich der Inhalte und Auswertungsmöglichkeiten stenographischer Protokolle in diskurstheoretischen Fragestellungen lie-



ferte das Projekt zentrale Forschungsergebnisse über den Gebrauch des Wissenschaftsbegriffes im aktuellen parlamentarischen Diskurs.

Anhand der rhetorischen Verwendung vom Wort „Studien“ lässt sich beispielweise ein Diskurs rekonstruieren, der die Bedeutung der Wissenschaft mit einer neutralen Erfassung der Wirklichkeit und einer Lösungsstrategie für sozialpolitische Probleme veranschaulicht. Denn „Studien“ stehen heutzutage offenbar mehrheitlich synonym für wissenschaftlich-gewonnene Erkenntnisse. Sowohl die Regierungsparteien als auch die Opposition machen von dieser Rhetorik Gebrauch. Forderungen nach „faktenorientierter Politik“ sowie nach „Begleitstudien“ und „Evidenzen“ beziehungsweise „evidenzbasiertem Handeln“ verdeutlichen, dass auch die österreichische Politik nach jener epistemic authority durch Wissenschaft sucht, die von Politikwissenschaftler:innen bereits als zentrales Merkmal einer globalen Gesellschaft beschrieben wurde (Alasuutari und Quadi 2019). Dieser Autoritätsverweis wird dabei in der Regel an gesellschaftlich etablierte Expert:innen sowie an quantitativ orientierte Herangehensweisen geknüpft. Diese Verbindung sorgt jedoch dafür, dass Wissenschaft teilweise naiv-reduktionistisch interpretiert und womöglich populistisch verzerrt wird. Dieser diskursive Hintergrund lässt sich durch den rhetorischen Gebrauch von vermeintlich neutralen wissenschaftlichen Wörtern herausarbeiten. Die Idee, „die Wissenschaft“ würde Lösungen zur Verfügung stellen, welche die Politik nur umsetzen müsste, wird seit Jahren in Bildungsdebatten bemüht. Ein schönes Zitat, das auch alle oben erwähnten Begriffe in diesem Kontext zusammenfasst, gibt es von Sonja Hammerschid (SPÖ) als sie 2020 sagte: „So, Herr Minister Faßmann, zurück zu den Zahlen: Wie viele Studien müssen wir, muss die wissenschaftliche Community noch vorlegen, damit Ihnen klar wird, wie ernst die Situation jetzt ist, und damit Sie wirklich einmal beginnen, hinzuschauen, und ein zusätzliches Maßnahmenpaket beschließen, das unseren Kindern hilft?“ (32/NRSITZ/2020) Entgegen diesem Beispiel von der SPÖ lässt sich die dahinterliegende Argumentationsstrategie bei allen Parteien finden. Während SPÖ und NEOS sie auffallend oft im Bildungsbereich bemühen und damit eine Referenz zur Sozialwissenschaft herstellen, wurde sie von GRÜNE, ÖVP und FPÖ besonders häufig in gesundheitspolitischen Debatten im Rahmen der Covid-19 Pandemie aufgegriffen.



Rund um das Thema Impfen und Impfpflicht entstanden in Österreich Auseinandersetzungen, die sich aus einem Wissenschaftsbild speisten, welches die Sozialwissenschaften weitestgehend ausschloss. Jürgen Knobloch hat für Deutschland eine „Pandemiepolitik“ analysiert, die den Sozialwissenschaften „gegenüber den biomedizinischen ‚Entdeckern‘ des Virus“ eine „schwächere epistemische Autorität“ einräumt, was er damit begründet, dass die Politik der „öffentlichen Erwartung an die Wissenschaft“ gefolgt wäre. (Knobloch 2022, 56) Die öffentlichen Erwartungen wurden während des Forschungsprojektes nicht untersucht, trotzdem lässt sich anhand des Begriffes Wissenschaftsskepsis auch in Österreich beobachten, wie das Thema Wissenschaft im Zuge der Debatten um die Impfpflicht zu einem populistischen Kampfbegriff wurde. In den Plenarsitzungen zur Besprechung des Haushaltsbudgets 2021 bekennen sich sowohl Werner Saxinger (ÖVP) als auch Helmut Brandstätter (NEOS) ganz klar zu einer vermeintlichen Unfehlbarkeit der Wissenschaft und zur Forderung, die Politik solle der Wissenschaft folgen. Brandstätter zitiert aus dem Buch *Factfulness* in dem der Autor Hans Rosling „die Wirklichkeit“ mit statistischen Meridianen gleichsetzt und sagt: „die Menschen, auch die Gebildeten, liegen völlig daneben mit dem sogenannten Hausverstand. Wir haben dankbar zu sein, dass wir die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben, die uns aufklären.“ Werner Saxinger wird in seiner Forderung für ein großes Wissenschaftsbudget noch konkreter. Er fordert nicht nur dazu auf die Wissenschaftsfeindlichkeit zu bekämpfen, sondern stellt klar: „Wissenschaftliche Erkenntnisse lassen sich nicht durch eine Meinung widerlegen, sie lassen sich nicht durch eine Religion widerlegen, und sie lassen sich auch nicht durch eine Verschwörungstheorie widerlegen. Ganz wichtig: Es gibt auch kein Recht auf eine falsche Tatsachenbehauptung unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit, weder rechtlich noch ethisch. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der Grünen.*) Sehr geehrte Damen und Herren! ‚Wer nichts weiß, muss alles glauben‘, und ‚Wer Wissen schafft, macht Wissenschaft‘.“ (129/NRSITZ/2021)

Andere Beispiele für die polemische Verzerrung von Wissenschaftsbegriffen liefern auch die Auseinandersetzungen zwischen Ralph Schallmeiner (Grüne) und Gerald Hauser (FPÖ), zu denen es schon vermehrt im Nationalrat gekommen ist. In der 197.



Sitzung am 1. Februar 2023 wird Hauser in seiner Rede, bei der er sich für die Bedeutung des Volksbegehrens „Nein zu Impfpflicht“ ausspricht, von Schallmeiner mit Zwischenrufen konfrontiert, in denen er sagt: „Das ist faktenwidrig. Du redest von Studien, die es nicht einmal gibt, [...] Du ignorierst Fakten, du ignorierst Evidenz und weißt nicht einmal, was eine Studie ist!“ (197/NRSITZ/2023)

Auf Basis und anhand solcher Diskussionen wurden im Rahmen des Projektes die Begriffe „Studie“, „Evidenz“ und „Wissenschaftsskepsis“ als „Argumentationstopoi“ (Schwarze und Stopfner 2020) für Wissenschaft als „Plastikwort“ (Pörksen 1988) herausgearbeitet, welches „diskursive Illusionen“ bedient, beziehungsweise erzeugt (Bhatia 2018). In den genannten Beispielen ist die diskursive Illusion ein Idealtyp der Wissenschaft als einem (quasi) unfehlbaren Unterfangen, an dem sich das politische Handeln genau deshalb zu orientieren habe, obwohl Wissenschaft kaum dazu geeignet ist, politische Empfehlungen auszusprechen. Diese Rhetorik bezeugt, dass der Wissenschaftsbegriff im 21. Jahrhundert auch mit den Mitteln der Populismusforschung untersucht werden muss, denn das politische Sprechen von Wissenschaft ist ein „wertendes Sprachhandeln [...] mit dem die politischen Sprecher:innen ihre ideologischen Standpunkte legitimieren und sich [...] innerhalb der politischen Kommunikation behaupten wollen (Boonen 2022, 8). In immer mehr bildungs-, sozial- und gesundheitspolitischen Fragen thematisieren Politikschaffende gesellschaftliche Herausforderungen als durch Wissenschaft lösbar, wenn sie von evidenzbasiertem Handeln sprechen. Die Reduktion komplexer sozialer Situationen und Themenfelder auf die Dichotomie „Ideologie“ vs. „Wissenschaft“ wird dabei ambivalent von verschiedenen, politischen Gegner:innen verwendet, die sich gegenseitig unterstellen, „nicht auf die Wissenschaft“ zu hören. Die genauere Betrachtung zeigt *Wissenschaft* als rhetorisch strategisches Instrument für die politische Legitimation, als diskursive Illusion, die auf einer moralischen Autorität wissenschaftlicher Erkenntnis aufbaut, aber wenig Rückschlüsse darauf zulässt, was sich die Abgeordneten nun konkret unter Wissenschaft vorstellen.

In den abschließenden Interviews konnte hier noch persönlich nachgefragt werden



und es ergab sich ein ähnlich differenziertes Bild wie in der Datenbankrecherche. Befragt wurden die Wissenschafts- und Bildungssprecher:innen von GRÜNE, NEOS, ÖVP und FPÖ; Vertreter:innen der SPÖ stellten sich nicht für ein Gespräch zur Verfügung. Die Interviewpartner:innen äußerten sich dabei zu einem sehr sachlichen Verständnis der Wissenschaft, allerdings hatten sie bezüglich der Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Wissenschaft sowie ihres Wissenschaftsbildes unterschiedliche Ansichten. Eine idealistische Erwartungshaltung gegenüber Fortschritt durch Technik und Wissenschaft wurde dabei ebenso vertreten, wie die wissenschaftssoziologische Ansicht, dass es „die“ Wissenschaft so nicht gäbe und Qualität von Erkenntnis und Forschung im jeweiligen Kontext zu ermitteln sind. Die Sprecher:innen äußerten dabei ein prinzipielles Vertrauen in wissenschaftliche Prozesse und Institutionen, aber auch eine gewisse Skepsis gegenüber bestimmten wissenschaftlichen Praktiken und allem voran der politischen Vereinnahmung von Expert:innen, die vermeintlich im Namen der Wissenschaft sprachen. Es gab den Hinweis, dass Expert:innenberatung in finanzpolitischen Fragen als Kontrollmechanismus diene und in einer gut etablierten Praxis funktioniere und dass sich deshalb manche Politiker:innen erhoffen, eine ähnliche Organisation auch im Bereich von Bildungs-, Sozial- und Umweltpolitik zu etablieren. Inwiefern die finanzpolitischen und juristischen Expert:innen aber als Wissenschaftler:innen einzuordnen sind, konnte leider nicht näher diskutiert werden. Die Hoffnung, durch die Wissenschaft in einer besseren Welt zu leben, wird mit der Meinung kontrastiert, dass sich weder jedes Problem, noch politische Entscheidungen „wissenschaftlich“ lösen lassen.

## **5. Weiterführender Forschungsbedarf**

Um die vorgestellten Ergebnisse als repräsentativ zu markieren, müssten noch deutlich mehr Daten analysiert und Suchbegriffe bearbeitet werden. Im Zuge der Recherchen zeigten sich immer mehr Stichworte, die sich für die Recherche eignen könnten und immer bessere Möglichkeiten, dem Erkenntnisziel der Ausgangsfragestellung näher zu kommen, wenn man andere Fragen stellt und konkrete Diskurse genauer untersucht. Eine Recherche der Rhetorik von „Wissenschaftsfeindlichkeit“ würde wohl interessante Beispiele



zu Tage fördern. Um eine epistemic authority of science als diskursive Illusion nachzuweisen, betrachtet die Auftragnehmerin das Projekt jedoch durchaus als ausreichend. Hier ließen sich aufbauend auf den Ergebnissen und Thesen nun internationale Vergleichsstudien herstellen, etwa was das Wissenschaftsbild (Science vs. Humanities) anbelangt, oder die Berücksichtigung bestimmter wissenschaftlicher Fachbereiche oder Expert:innen bei konkreten Fragen und Problemen (Covid-19, Schulpolitik etc.). Um den tatsächlichen Einfluss der Wissenschaft auf formale Prozedere und politische Entscheidungen zu untersuchen, müssten freilich die nachfolgenden Prozesse und realen Maßnahmen und Ergebnisse begutachtet werden und nicht nur die Sprache. Besonders spannend wäre es, auch noch der Frage nachzugehen, inwiefern populistische Rhetorik ein Bestandteil moderner parlamentarischer Debatten ist. Die Ergebnisse fördern zu Tage, dass sich Abgeordnete bei vielen Themen polemisch-populistischer Argumentationen bedienen und hier ähneln sich die sprachlichen Muster unabhängig vom Thema. Ein Vergleich würde sich lohnen, denn Politikwissenschaftler:innen untersuchen Rechtspopulismus besonders häufig und ausgiebig, dabei kritisieren sie diesen als Gefahr für Demokratie und eine liberale Gesellschaft. Aus meiner Sicht fördert die populistische Rhetorik diese Tendenzen jedoch in jeder politischen Richtung. Anhand der Aufarbeitung der Probleme und Herausforderungen während der Zeit der Covid-19 Pandemie zeigt sich, dass auch andere Formen radikaler Meinungsbildung populistisch sind und dass man selbst Wissenschaft für populistische Zwecke „missbrauchen“ kann. Wie eine Forschungsgruppe des IHS rund um Johannes Starkbaum 2023 herausgearbeitet hat, handelt es sich auch bei den vermeintlichen „Wissenschaftsskeptiker:innen“ um keine eindeutig identifizierbare oder sozial kohärente Gruppe. (Starkbaum 2023) Es stellt sich im Anschluss an die Ergebnisse dieses Forschungsprojektes die Frage, ob nicht gerade ein überzogener Wissenschaftspopulismus mit dafür verantwortlich ist, dass sich die „Wissenschaftsskepsis“ angeblich ausbreitet.

## **6. Dissemination der Forschungsergebnisse**

Eine Veröffentlichung der detaillierten Ergebnisse ist geplant, diese soll entweder innerhalb eines Fachjournal oder als Open Source veröffentlicht werden. Eine Verwendung der Erkenntnisse zu Methodik und Quellen wird für die universitäre Lehre in den Fachbereichen Internationale Entwicklung und Politikwissenschaft angestrebt.



## 7. Literatur

Alasuutari, Pertti, & Qadir, Ali (2019), *Epistemic governance: Social change in the modern world*, London: Palgrave Macmillan.

Bhatia, Aditi (2018), *Discursive Illusion in Public Discourse*, New York: Routledge.

Blatter, Joachim/Langer, C. Phil/Wagemann, Claudius (2018). *Qualitative Methoden in der Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Springer: Wiesbaden.

Boonen, Ute K. / Gür-Şeker, Derya / Wentker, Michael (2022), Invektivität in rechtspopulistischen Reden über Flucht und Migration: Eine länder- und sprachübergreifende Analyse von YouTube- und Facebook-Videos, in: *Zeitschrift für Diskursforschung* 1 (2022), 5 – 28.

Haas, Peter M. (2023), Preserving the Epistemic Authority of Science in World Politics, in: Glückler, J./ Winch, C./ Punstein, A.M. (ed) *Professions and Proficiency: Knowledge and Space* (18) Springer: Wiesbaden Internet: [https://doi.org/10.1007/978-3-031-24910-5\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-031-24910-5_7)

Leschke, J./ Vöing, N./ Daumiller, M. (2021): „Evidenz“, was meinen Sie damit? Eine Interviewstudie zum Verständnis von Hochschullehrenden vom Evidenzbegriff. *Zeitschrift für Hochschulentwicklung*, 16 (3), 199–216, URL: <https://doi.org/10.3217/zfhe-16-03/12>

Knobloch, J. (2022). Welches wissenschaftliche (Nicht-) Wissen hat die politischen Handlungsoptionen während der Pandemie geprägt, In Lohse, A.W./ Mettenleiter T.C. (Hrsg.): *Infektionen und Gesellschaft - Was haben wir von COVID-19 gelernt?*, 52–61.



Qadir, Ali & Syväterä, Jukka (2021), The moral authority of science: Evidence from parliamentary debates in seven countries, in *European Journal of Cultural and Political Sociology* 8 (3), 265-293, Internet: DOI 10.1080/23254823.2021.1885461

Pattyn, Valérie/ Blum, Sonja/ Fobé, Ellen/ Pekar-Milicevic, Mirjam/ Brans, Marlene (2022), Academic policy advice in consensus-seeking countries: the cases of Belgium and Germany, in *International Review of Administrative Sciences*, 88(1), 26-42, Internet <https://doi.org/10.1177/0020852319878780>

Pörksen, Uwe (1988), *Plastikwörter: Die Sprache einer internationalen Diktatur*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Pouliot, Vincent (2020), Global Governance in the Age of Epistemic Authority, In *International Theory* 13, 144–156, Internet: <https://doi.org/10.1017/S1752971920000433>

Starkbaum Johannes/ Auel, Katrin/ Bobi, Valentina/ Fuglsang, Simon/ Grand, Peter/ Griessler, Erich/ Koenig, Thomas/ Losi, Lucilla/ Seiser, Fabian/ Tiemann, Guido (2023), *Endbericht. Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie*, Internet: <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/6648> [access 5.6. 2024]

Syväterä, Jukka/ Rautalin, Marjaana/ Magyari, Attila K. (2023), From where do legislators draw scientific knowledge? Organizations as scientific authorities in four countries, parliamentary debates, in: *British Journal of Sociology* 74 (2), 222 – 240, Internet: <https://doi.org/10.1111/1468-4446.12989>